

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis — XXIII

Literaturverzeichnis — XXVII

Einleitung — 1

A. Eröffnungsverfahren — 3

- I. Eröffnungsantrag — 3
 - 1. Zulässigkeit des Insolvenzantrages — 3
 - 2. Rechtliches Interesse am Fremdantrag — 6
 - 3. Glaubhaftmachung der Antragsvoraussetzungen — 8
 - 4. Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Fremdantrag — 10
 - 5. Antragsbefugnis absonderungsberechtigter Gläubiger — 11
 - 6. Antragsbefugnis des Nachlasspflegers im Nachlassinsolvenzverfahren — 14
 - 7. Antragsrücknahme durch einen alleinvertretungsbefugten Mitgeschäftsführer nach dessen Abberufung — 17
 - 8. Rechtsschutzinteresse des nachrangigen Insolvenzgläubigers für Eröffnungsantrag — 18
 - 9. Rechtsmissbrauch des Fremdantrags des Wettbewerbers — 20
 - 10. Insolvenzantrag des Finanzamts
kein Verwaltungsakt – Rechtsschutz — 21
 - 11. Befriedigung der Forderung des fremdantragstellenden Gläubigers — 22
 - 12. Zulässiger Neuantrag nach Freigabe — 22
 - 13. Begründetheit des Eröffnungsantrags — 24
- II. Auskunftspflichten — 26
 - 1. Auskunftspflicht des Schuldners gem. § 20 Abs. 1 InsO — 26
 - 2. Ärztliche Schweigepflicht des Schuldners — 27
 - 3. Auskunftspflicht des Schuldners gemäß § 20 Abs. 1 InsO — 28
- III. Eröffnungsgründe — 29
 - 1. Zahlungseinstellung bei Nichtzahlung von Löhnen und Gehältern — 29
 - 2. § 17 Abs. 2 InsO: Einverständnis des Gläubigers mit späterer Befriedigung — 30
 - 3. Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit durch Stillhalteversprechen der Bank — 33
 - 4. Ernstlich eingeforderte Verbindlichkeiten — 35

5.	Keine Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit durch harte Patronatserklärung für das insolvente Tochterunternehmen	39
IV.	Vorläufige Insolvenzverwaltung	41
1.	Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters und Rechtsmacht des Insolvenzgerichts	41
2.	Befangenheit des vorläufigen Verwalters	43
3.	Treuhandkonto des vorläufigen Verwalters	44
4.	Rechte aus § 103 Abs. 1 InsO und Stellung des vorläufigen Verwalters	45
5.	Abgabenrechtliche Qualifikation des vorläufigen Zustimmungsverwalters	47
6.	„Garantiezusagen“ des vorläufigen Zustimmungsverwalters wegen Lohn- und Gehaltsansprüchen der Arbeitnehmer des Schuldners bei Betriebsfortführung	47
V.	Aus- und Absonderungsrechte im Eröffnungsverfahren	48
1.	Einziehung sicherungsbedienter Forderungen	48
2.	Vorausabtretung und Anordnung von Verfügungsbeschränkungen	52
3.	Vorläufiger Verwalter und Sicherungszession	54
4.	Rechte des Absonderungsberechtigten gegenüber dem vorläufigen Zustimmungsverwalter wegen Veräußerung von Sicherungsgut	56
5.	§ 91 Abs. 1 InsO und Anfechtung des Erwerbs von Pfandrechten	58
6.	Rechte des Aussonderungsberechtigten nach § 169 InsO	59
VI.	Die Entscheidung über den Insolvenzantrag	60
1.	Rechtsmittel	60
2.	Eröffnungsbeschluss als Herausgabettitel gegen den Schuldner	61
3.	Erledigung des Insolvenzantrages	62
B.	Das eröffnete Insolvenzverfahren	65
I.	Allgemeine Eröffnungswirkungen	65
1.	§ 240 ZPO und Verfahrensaufnahme	65
1.1.	Kündigungsrechtsstreit	65
1.2.	§ 240 ZPO und Eigenverwaltung	65
1.3.	Zwangsvollstreckungsverfahren	66
1.4.	Insolvenzeröffnung nach Anhängigkeit und vor Rechtshängigkeit	67
1.5.	Unterbrechung des Vollstreckbarkeitsverfahrens	69

1.6.	Kostenerstattungsanspruch des Gläubigers in einem vom Insolvenzverwalter aufgenommenen Prozess — 70
1.7.	Insolvenzrechtliche Qualifikation des Kostenfestsetzungsbeschlusses — 71
2.	Vollstreckungsverbote — 72
2.1.	Ausschluss der Individualvollstreckung nach Verfahrenseröffnung — 72
2.2.	Freigegebene Gegenstände — 74
2.3.	Reichweite des § 89 InsO — 75
3.	Rückschlagsperre — 76
3.1.	Rückschlagsperre und Zwangssicherungshypothek — 76
3.2.	Rückschlagsperre und maßgeblicher Insolvenzantrag — 78
4.	Pflicht des Schuldners zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung — 79
5.	Sperrvermerk bei Miterbenanteil des Schuldners an Immobilie — 80
6.	Im Eröffnungsverfahren erteilte Vollmacht zur Vertretung des Schuldners erlischt nicht — 81
7.	Leistung an den Schuldner nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens — 81
II.	Insolvenzmasse — 83
1.	Zuständigkeit für die Feststellung der Zugehörigkeit von Vermögensgegenständen zur Insolvenzmasse — 83
2.	Gestaltungsrechte — 83
3.	Keine Massezugehörigkeit des im Eröffnungsverfahren auf Anderkonten des vorläufigen Verwalters eingegangenen Geldern — 84
4.	Massezugehörigkeit einer Berufsunfähigkeitsrente des Insolvenzschuldners — 85
5.	Geltendmachung von fiktiven Arbeitsentgeltansprüchen gem. § 850 h ZPO durch den Insolvenzverwalter — 87
6.	Reichweite des § 91 Abs. 1 ZPO: Vorausverfügungen des Schuldners über Ansprüche gegen eine ärztliche Verrechnungsstelle — 88
7.	Reichweite der Beschlagnahme des Umsatzsteuererstattungsanspruchs bei Fortsetzung der freiberuflichen Tätigkeit des Schuldners — 89
8.	Umsatzsteuervergütungsansprüche — 92
9.	Pflichtteilsanspruch — 92
10.	Mitgliedschaft des Schuldners in Wohnungsgenossenschaft — 93

11. Freigabe — 94	
11.1. Freigabe des schuldnerischen Kfz und Kraftfahrzeugsteuer — 94	
11.2. Deckungsanspruch aus Haftpflichtversicherung des Insolvenzschuldners — 96	
11.3. Freigabe selbständige Tätigkeit – Haftung für Löhne und Gehälter — 97	
11.4. Freigabe selbständige Tätigkeit – Sozialversicherungsbeiträge — 99	
11.5. Freigabe selbständige Tätigkeit – keine Haftung der Masse für Umsatzsteuer — 100	
11.6. Freigabe und § 811 ZPO — 101	
III. Ergreifung des Besitzes der Masse durch den Insolvenzverwalter — 103	
1. Schutz gegen die Besitzerergreifung durch den Insolvenzverwalter — 103	
2. Vollstreckungsschutz des Schuldners im Zwangsversteigerungsverfahren — 104	
IV. Verbot des Rechtserwerbs an Gegenständen der Insolvenzmasse — 105	
1. Erteilung von Genehmigungen — 105	
2. Genossenschaftsfall — 106	
3. Versicherungssumme von Lebensversicherungsverträgen — 107	
4. Sonderkonten des Insolvenzverwalters — 108	
5. § 91 Abs. 1 InsO — 110	
V. Gegenseitige Verträge, §§ 130 ff. InsO — 111	
1. Kautionsversicherungsverträge — 111	
1.1. Prämienforderung des Kautionsversicherers — 111	
1.2. Kautionsversicherungsverträge — 112	
1.3. Rückforderung von Prämienzahlungen an Kautionsversicherer — 113	
2. § 103 Abs. 1 InsO und vorläufiger Insolvenzverwalter — 114	
3. Schutz des Mieters nur bei Überlassung der Mietsache — 115	
4. Lastschrift – Keine Geltung der AGB-Genehmigungsfiktion — 117	
5. Löschung der Auflassungsvormerkung nach vorinsolvenzlichem Vertragsrücktritt — 119	
6. Kündigung Mitgliedschaft in Wohnungsgenossenschaft — 121	
7. Ansprüche eines Geschäftsführers aus vertraglichem Wettbewerbsverbot — 122	
8. Rückabwicklung eines nichtigen Darlehensvertrages — 123	

9. Betriebskostennachforderungen — 124
 10. Insolvenz als auflösende Bedingung einer Dienstbarkeit — 126
- VI. Recht der Aufrechnung im Insolvenzverfahren — 128
1. Aufrechnung und Verrechnung bei Auseinandersetzungen einer ARGE — 128
 2. Konzernverrechnungsklauseln — 131
 3. Verhältnis von § 95 Abs. 1 InsO zu § 110 Abs. 3 InsO — 133
 4. Verrechnung durch Sozialversicherungsträger — 134
 5. Anfechtung des die Aufrechnung begründenden Tatbestandes in der Frist des § 146 InsO — 135
 6. Unwirksamkeit der Verrechnung und Anfechtungsfrist des § 146 InsO — 136
 7. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Erwerb der Aufrechnungsposition — 139
 8. Aufrechnungserklärung als Schlusszahlung gem. § 16 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B — 141
- C. Insolvenzverwalter — 143
- I. Aufsicht über den Insolvenzverwalter — 143
 1. Der „ungetreue“ Insolvenzverwalter — 143
 2. Kosten externer Schlussrechnungsprüfung — 144
 3. Einholung von Sachverständigengutachten zur Schlussrechnungsprüfung — 145
 4. Aktienrechtliche und allgemeine Auskunftspflichten des Insolvenzverwalters — 147
 - II. Auswahl des Insolvenzverwalters — 148
 1. Zum Auswahlermessen des Insolvenzgerichtes — 149
 2. Verfahren beim Streit um Aufnahme auf Vorauswahlliste — 150
 3. Berufserfahrung — 151
 4. Ortsnähe — 152
 - III. Sonderverwalter — 152
 1. Beschwerde gegen Bestellung eines Sonderverwalters — 153
 2. Keine Beschwerde gegen Nichtbestellung eines Sonderverwalters — 154
 3. Verfassungskonformität der Bestellung eines Sonderverwalters — 156
 4. Anhörungstermin zur Vorbereitung der Prüfung von Schadenersatzansprüchen durch den Sonderinsolvenzverwalter — 156

5. Eidesstattliche Versicherung des Insolvenzverwalters im Anhörungstermin zur Vorbereitung der Prüfung von Schadenersatzansprüchen durch den Sonderinsolvenzverwalter — 157
- IV. Haftung des Insolvenzverwalters — 157
 1. Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten — 157
 2. Pflichten gem. § 61 InsO — 159
- V. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters — 159
 1. Befugnis des Treuhänders, Rechtsbehelfe gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen den Schuldner einzulegen — 159
 2. Befugnisse des Insolvenzverwalters nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens — 160
 3. Auskunftsansprüche — 161
 4. Zusammenveranlagung des Insolvenzschuldners mit Ehegatten — 162
 5. Gesellschaftsrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters — 164
- VI. Vergütungsfragen — 165
 1. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 165
 - 1.1. Überwachende Aufgaben des vorläufigen Insolvenzverwalters — 165
 - 1.2. Keine Vergütungsfestsetzung, wenn das Verfahren nicht eröffnet worden ist — 166
 - 1.3. Vergütungsprozess des vormaligen vorläufigen Verwalters gegen den Schuldner — 168
 - 1.4. Höhe der Mindestvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 169
 2. Berechnungsgrundlage — 170
 - 2.1. Vergütungsrelevante Masse — 170
 - 2.2. Auslegung des § 1 Abs. 2 Nr. 3 InsVV (Aufrechenbarkeit) — 170
 3. Einzelne Tatbestände der Vergütungserhöhung oder Absenkung — 171
 - 3.1. Unternehmensfortführung — 171
 - 3.2. Vergütungsabschlag bei besonders langer Verfahrensdauer — 172
 - 3.3. Mehrere Behörden einer Gebietskörperschaft — 173
 - 3.4. Keine Auslegungsbedürftigkeit des § 2 Abs. 2 InsVV — 174
 - 3.5. Kein Vergütungsabschlag wegen Bestellung als Sachverständiger im Eröffnungsverfahren — 175

3.6.	Vergütungsrechtliche Folgen der Einschaltung fachkundiger Sozietaetspartner des Verwalters — 175
4.	Rechtsmittel — 176
4.1.	Rechtsmittelbefugnis des Insolvenzgläubigers einer nicht festgestellten Forderung gegen Vergütungsfestsetzung — 176
4.2.	Grenzen eines Nachschiebens von Erhöhungsgründen nach Erstfestsetzung der Verwaltervergütung — 177
4.3.	Verjährung des Vergütungsanspruchs — 179
D.	Gläubiger selbstverwaltung — 183
I.	Gläubigerversammlung — 183
1.	Einberufung der Gläubigerversammlung — 183
2.	Ordnungsgemäße Bekanntgabe der Tagungsordnung — 184
3.	Gläubigerversammlung — 184
4.	Gemeinsames Interesse der Gläubiger gem. § 78 Abs. 1 InsO — 185
5.	Amtsermittlungsgrundsatz und Maßstäbe der Stimmrechtsentscheidung — 185
6.	Keine Rechtsmittel gegen die Stimmrechtsentscheidung? — 187
II.	Gläubigerausschuss — 187
1.	Ort und Weise der Kassenprüfung durch Mitglieder des Gläubigerausschusses — 187
2.	Schadenersatzpflicht der Mitglieder des Gläubigerausschusses wegen Aufsichtspflichtverletzungen — 188
3.	Zusammensetzung — 190
4.	Entlassung eines Mitglieds des Gläubigerausschusses — 191
5.	Verjährung der Haftung eines Mitglieds des Gläubigerausschusses — 193
6.	Vergütung des Gläubigerausschusses in masselosen IK-Verfahren — 195
E.	Gläubiger — 197
I.	Massegläubiger — 197
1.	Kraftfahrzeugsteuer — 197
1.1.	Unpfändbares Kraftfahrzeug — 198
1.2.	Kraftfahrzeugsteuer als Masseverbindlichkeit trotz Freigabe — 199
1.3.	Gemietete und auf den Schuldner zugelassene Kfz — 199
1.4.	Verkauf eines Kfz durch den Schuldner drei Jahre vor Verfahrenseröffnung — 200

1.5.	Änderung der Rechtsprechung des BFH — 200
2.	Abgrenzung Alt- und Neumasseverbindlichkeiten nach § 209 InsO — 201
2.1.	Wohngeld nach WEG — 201
2.2.	§ 546a BGB (Fall 1) — 202
2.3.	§ 546a BGB (Fall 2) — 204
3.	Ertragsteuer aus selbständiger Tätigkeit des Insolvenzschuldners — 205
4.	Einkommenssteuer auf Lohneinkünfte des Schuldners — 206
5.	Rechtsgrundlose Bereicherung der Masse: Reichweite des § 55 Abs. 1 Nr. 3 InsO — 206
II.	Masseunzulänglichkeit — 207
1.	PKH für den Prozess des Insolvenzverwalters nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit — 207
2.	Freigabe und Vollstreckungsverbot gem. § 89 Abs. 1 InsO — 209
3.	Tilgungsreihenfolge des § 209 InsO bei Verfahrenskostenstundung — 211
III.	Insolvenzgläubiger — 212
1.	Rückgriffsanspruch eines Dritten als Insolvenzforderung — 212
2.	Anspruch aus § 661a BGB als nachrangige Insolvenzforderung — 213
3.	Stellung von Unterhaltsgläubigern — 214
4.	Nachrang von Darlehensforderungen — 215
5.	Qualifikation strafrechtlicher Wertersatzverfallansprüche gem. §§ 73 a, 74 c StGB — 218
F.	Aus- und Absonderungsrechte — 221
I.	Aussonderungsrechte — 221
1.	Kaution des Mieters — 221
2.	Ersatzaussonderung — 222
3.	Aussonderung — 224
4.	Qualifikation von Einzahlungs- und Brokerkonto einer Kapitalanlagegesellschaft als Treuhandkonten — 224
5.	Phoenix — 225
II.	Absonderungsrechte — 227
1.	Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters — 227
1.1.	Pauschalierte Kostenbeiträge — 227
1.2.	Keine Disposition über § 166 InsO — 227
1.3.	§ 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz — 227
1.4.	Mitteilung gem. § 168 Abs. 1 InsO — 230

1.5.	Beschwerdewert bei Verwertungsunterlassungsklage — 231
2.	Hypothesen(Immobilien)haftungsverband — 231
2.1.	Haftung der Mieten — 231
2.2.	Haftung für Zinsen und Verfahrenskosten nach Verfahrenseröffnung — 233
2.3.	Kosten — 234
3.	Geltendmachung von Absonderungsrechten — 235
3.1.	Mitteilung nach § 28 Abs. 2 InsO — 235
3.2.	Substantiierungspflicht bei Teilklage auf Auskehr des Verwertungserlöses — 236
3.3.	Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger — 240
3.4.	Sachenrechtliche Fragen — 242
4.	Abreden zwischen Grundpfandgläubiger und Eigentümer/Schuldner — 244
4.1.	pactum de non executando — 244
4.2.	Verzinsung der gesicherten Forderung und § 367 BGB — 247
5.	Absonderungsrecht und Insolvenzanfechtung — 249
5.1.	Anfechtung der Besicherung — 249
5.2.	Umsatzsteuer und Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer — 254
6.	Verzicht des Grundpfandgläubigers auf abgesonderte Befriedigung nach § 52 InsO — 257
III.	Sicherungszession — 258
1.	Reichweite der Zession von Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungen — 258
2.	Sicherungsabtretung der Rechte aus einem Lizenzvertrag — 260
3.	Wirksamkeit der Globalzession — 262
3.1.	Anfechtbarkeit des „Werthaltigmachens“ der abgetretenen Forderungen — 262
3.2.	Kontrolle der AGB von Sicherungsnehmern — 264
3.3.	Vorausabtretung — 265
4.	Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den Sicherungszessionär? — 267
5.	Anwendbarkeit des § 41 InsO — 270
G.	Forderungsanmeldung und Feststellungsverfahren — 273
I.	Forderungsanmeldung — 273
1.	Anmeldung einer Forderung auf erstes Anfordern — 273

2. Sammelmanmeldungsfall — 274
II. Forderungsfeststellungsverfahren — 276
1. Feststellungsinteresse der Klage nach § 180 InsO — 276
2. Rechtsschutzbedürfnis — 278
3. Anmeldung und Feststellung der Forderung aus vorsätzlich begangenem Delikt — 279
4. Geltendmachung des Ausfalls — 280
5. Deliktsforderung – Verjährung der Feststellung — 281
6. Rechtsschutzinteresse an Feststellung der unerlaubten Handlung — 283
7. Isolierter Widerspruch gegen Bestreiten des Deliktsgrundes — 284
8. Berichtigungsinteresse eines Insolvenzgläubigers — 285
H. Verfahrensbeendigung — 287
I. Schlusstermin — 287
1. Insolvenzverfahren als Eilverfahren — 287
2. Präklusionswirkungen des Schlusstermins — 288
II. Verfahrensbeendigung — 290
1. Zeitpunkt der Aufhebung des Insolvenzverfahrens — 290
2. Grenzen der Rechtsmittel gegen den Einstellungsbeschluss gem. § 211 InsO — 291
III. Nachtragsverteilung — 292
1. Voraussetzungen — 292
2. Verfügungen des Schuldners über nicht verwertete Vermögensgegenstände vor Anordnung der Nachtragsverteilung — 294
I. Recht des Insolvenzplans — 295
I. Überprüfbarkeit des Plans — 295
1. Grundlage der insolvenzgerichtlichen Vorprüfung — 295
2. Beschränkte Nachprüfung in der Rechtsbeschwerdeinstanz — 295
II. Planinhalt — 298
1. Gruppenbildung im Plan — 298
2. Angaben über Bankrottstraftaten des Schuldners im darstellenden Teil des Plans — 300
3. Fehlen von Angaben von Versagungsgründen für die Restschuldbefreiung — 301
4. Regelungen des Insolvenzplans über die Abwicklung des Verfahrens (Phoenix) — 304

III.	Planbestätigung — 304
1.	Ablehnung des Plans durch einzelnen Gläubiger — 304
2.	Stimmrecht — 307
IV.	Rechtsmittel — 309
1.	Materielle Beschwer von Aussonderungsberechtigten — 309
2.	Kein Rechtsmittel des planinitiiierenden Insolvenzverwalters gegen die Versagung der Bestätigung — 310
V.	Aufrechnungsbefugnis und rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan — 313
1.	Keine Aufrechnungsbefugnis durch rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan I — 313
2.	Aufrechnungsbefugnis durch rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan II — 314
3.	Aufrechnung und Insolvenzplan — 315
VI.	Vorzugsaktionäre als nachrangige Insolvenzgläubiger — 319
J.	Verbraucherinsolvenzverfahren und Restschuldbefreiung — 321
I.	Anwendungsbereich — 321
1.	Forderungen aus Arbeitsverhältnissen — 321
2.	Wirtschaftlich selbständige Nebentätigkeit — 322
3.	IN-Verfahren über das Vermögen des Mehrheitsgesellschafters einer GmbH — 323
II.	Versagung der Restschuldbefreiung — 323
1.	Verletzung der Auskunftspflicht des Schuldners — 323
K.	Recht der Insolvenzanfechtung — 325
I.	Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsrecht — 325
1.	Geltung der Vermutungsregel des § 17 Abs. 2 InsO — 325
2.	Darlegungslast des Insolvenzverwalters im Anfechtungsprozess — 325
3.	Retrograde Feststellung der Zahlungsunfähigkeit — 326
II.	Rechtshandlung (§ 129 InsO) — 328
1.	Zahlung der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung — 328
2.	Bierbrauen — 331
III.	Objektive Gläubigerbenachteiligung — 331
1.	Darlegungslast des Insolvenzverwalters — 332
2.	Erbringung einer Leistung an einen Gläubiger unter geduldeter Kontoüberziehung — 333
3.	Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung — 335
4.	Abtretung eines Zahlungsanspruchs — 338

5. Vormerkungsgesicherter Rückübertragungsanspruch des Schenkers — 340
 6. Mitwirkung der Bank an der Beseitigung einer Kontenpfändung — 340
 7. Bierbrauen und Gläubigerbenachteiligung — 342
 8. Verfügung über Kontoguthaben nach Aussetzung der Pfändung — 344
 9. Gläubigerbenachteiligung: Anfechtung der Leistung mit Mitteln aus zweckgebundenen Darlehen — 345
- IV. Kongruenzanfechtung — 347**
1. Wegfall der Kenntnis bei Sanierungsbemühungen des Schuldners — 347
 2. Tilgung einer Bürgschaft — 349
- V. Inkongruenzanfechtung — 350**
1. Anfechtung von Scheck- oder Wechselzahlungen — 350
 2. Anfechtung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen — 351
 - 2.1. Anfechtbare Vollstreckungsvorbereitungshandlung — 351
 - 2.2. Inkongruenzanfechtung und Zwangsvollstreckung — 352
 3. Anfechtbarer Rechtserwerb der Banken nach Nr. 15 AGB-Bk — 353
 4. Anfechtung der Rückführung eines Kontokorrentkredits — 355
 5. Inkongruente Deckung und Direktzahlung nach § 16 Nr. 6 VOB/B — 357
 6. Inkongruente Deckung und ungekündigter Kontokorrent — 358
 7. Verrechnungsvereinbarungen — 359
 8. Verrechnung im debitorischen Kontokorrent als inkongruente Befriedigung — 359
 9. Anfechtung der Zahlung einer Geldstrafe — 360
- VI. Bargeschäfte, § 142 InsO — 361**
1. Bei der Duldung von Verfügungen des Kunden durch die Bank — 361
 2. Kein Bargeschäft des Sanierungsberaters — 362
 3. Keine Anfechtung von „zeitnahen“ Einziehungen im Lastschriftverfahren — 364
 4. Keine Anfechtung der Einziehung von Leasingraten im Lastschriftverfahren — 365
- VII. Absichtsanfechtung — 366**
1. Benachteiligungsabsicht und Hingabe von Wechseln — 366
 2. Kenntnis vom Drohen der Zahlungsunfähigkeit — 368
 3. Kenntnis des Anfechtungsgegners im Tatbestand des § 133 Abs. 1 InsO — 371

4. Stillhalteabkommen der Bank mit dem Schuldner zur außergerichtlichen Sanierung — 372
 5. Wissenszurechnung bei der Absichtsanfechtung — 374
 6. Bereitstellungsanspruch bei der Gläubigeranfechtung — 376
 7. Gläubigerbenachteiligungsabsicht bei Unternehmensgründung — 377
 8. Kenntnis des Gläubigers bei Teilzahlungen — 379
 9. Scheckhingabe an Gerichtsvollzieher — 380
- VIII. Schenkungsanfechtung — 380**
1. Voraussetzungen der Schenkungsanfechtung gem. § 134 InsO — 380
 2. Vernichtung der Rechtsbefugnisse des Zessionars durch den Insolvenzverwalter — 382
 3. Schneeballsysteme — 383
 4. Stehenlassen eines Darlehen — 384
 5. Reichweite der Schenkungsanfechtung I — 385
 6. Darlegungs- und Beweislast für Entreicherung — 387
 7. Schenkungsanfechtung bei Auszahlung von Scheingewinnen in Schneeballsystemen — 388
 - 7.1. Fallgestaltung 1: Einlagen unterfallen nicht der Schenkungsanfechtung — 388
 - 7.2. Fallgestaltung 2: Einlage kein saldierungsfähiger Abzugsposten — 390
- IX. Besondere Fragestellungen im Anfechtungsrecht — 390**
1. Drei-Personen-Verhältnis — 390
 - 1.1. Zwei Anfechtungskläger stehen einem Anfechtungsgegner gegenüber — 390
 - 1.2. Zwei Anfechtungsgegner stehen einem Anfechtungskläger gegenüber (I) — 393
 - 1.3. Zwei Anfechtungsgegner stehen einem Anfechtungskläger gegenüber (II) — 394
 - 1.4. Dreiecksbeziehung — 395
 2. Anfechtung einer Zahlung nach § 153 a StPO — 396
 3. Anfechtung in der Doppelinsolvenz von Gesellschaft und Gesellschafter — 398
 4. Anfechtung von Lohn- und Gehaltszahlungen — 401
 5. Anfechtbarkeit des Erwerbs eines Pfandrechts an Gewinnbezugsrecht eines Gesellschafters — 404
 6. Anfechtung der Verwertung von sicherungsübereigneten Sachen durch den Sicherungsgläubiger — 407

7. Anfechtung güterrechtlicher Verträge — 409
8. Anfechtbarkeit des Erwerbs der Aufrechnungslage — 411
X. Rechtsfolge der Anfechtung — 413
1. Verzinsung rückzugewährenden Geldes — 413
2. Rückgewähranspruch — 415
XI. Verfahrensfragen — 415
1. Bindungswirkung von Verwaltungsakten — 415
2. Keine Umstellung der Klage von Anfechtung auf Bereicherung — 417
3. Rechtsweg bei Anfechtung von Lohn- und Gehaltzahlungen — 417
4. Judikatur des BAG — 418
XII. Verjährung — 418
1. Verjährung der Hauptforderung bei Insolvenzanfechtung — 418
2. Frist des § 146 InsO bei Anfechtung eines Sicherungsgeschäfts — 418
3. Anfechtungsfrist, § 139 InsO — 420
L. Rechtsschutz und prozessuale Fragestellungen — 423
I. Prozesskostenhilfe — 423
1. Keine Aussicht auf Beseitigung der Massearmut — 423
2. Darlegungslast des Insolvenzverwalters — 423
II. Beschwerde — 424
1. Reichweite der Rechtbeschwerde gem. § 7 InsO — 424
2. Abänderbarkeit insolvenzgerichtlicher Entscheidungen — 425
III. Prozessuale Fragestellungen — 428
1. Schiedsverfahren — 428
M. Materielles Insolvenzrecht — 431
I. Gesellschaftsrechtliche Ansprüche — 431
1. Haftung der Gesellschafter für die Kosten des über das Vermögen der oHG eröffneten Insolvenzverfahrens? — 431
2. § 92 Abs. 2 S. 1 AktG — 436
3. § 130a HGB — 437
II. Haftung wegen Firmennachfolge — 437
1. Ausschluss der Haftung nach § 25 HGB — 437
2. Haftung des Unternehmensübernehmers — 438
III. Sonstige insolvenzspezifische Haftungstatbestände — 439
1. Haftung des Steuerberaters — 439

2. Zahlungsunfähigkeit und § 266 a StGB — 441
3. Massekostenvorschuss — 443
4. Haftung eines KG-Geschäftsführers nach § 69 AO — 445

N. Internationales Insolvenzrecht — 447

- I. Eröffnungsverfahren — 447
 1. Vorläufige Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO wird in Frankreich nicht als Hauptinsolvenzverfahren anerkannt — 447
 2. Rechtmäßigkeit des Eröffnungsbeschlusses — 447
 3. Eintragung des Sperrvermerks ins deutsche Grundbuch bei im anderen europäischen Mitgliedsstaat eröffneten Insolvenzverfahren — 448
- II. Anwendbares europäisches Recht bei Anfechtungsklagen — 449
 1. Anfechtungsgerichtsstand — 449
 2. Gerichtsstand für Anfechtungsprozesse mit gegen ausländische Anfechtungsgegner gem. § 19a ZPO — 450
 3. Gerichtsstand für Kapitalerhaltungsansprüche — 451
 4. Scheme of arrangement — 452
 5. Begründung der deutschen internationalen Zuständigkeit — 452
 6. Insolvenzanfechtung innerhalb eines grenzüberschreitenden Gesellschaftsverbundes — 454
- III. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses (COMI) — 455
 1. Vorläufige Verwaltung und Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses — 455
 2. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses — 457
 3. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses gem. Art. 3 Abs. 1 EulnsVO — 459
 4. Forum shopping — 460
- IV. Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren — 461
 1. BENQ — 461
 2. Brochier — 463
 3. Sekundärinsolvenzverfahren — 464
- V. Sonstige Rechtsfragen grenzüberschreitender Insolvenzfälle — 465
 1. Grundpfandrechte in grenzüberschreitenden Insolvenzfällen — 465
 2. Verhandlung des englischen Insolvenzverwalters mit ausländischen Gläubigerkomitees — 467

3. „Schnelle Verschlussklappe“ – Anerkennung eines chapter 11-Verfahrens in Deutschland (Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht) — 467
4. Eigentumsvorbehalt im europäischen Insolvenzrecht — 469

Sachregister — 473